

Dem Aktionsbündnis gehören an:

Die Verbände: BUND Sachsen-Anhalt e.V., Neuland e.V., Landesbauernverband Sachsen-Anhalt e.V., Naturland e.V., ProVieh e.V., Deutscher Tierschutzbund

Die Bürgerinitiativen: BI „Contra Schweinefabrik im Ziegelrodaer Forst“, BI Mahlwinkel, Initiativkreis gegen die Schweinefabrik Gerbisbach, BI Ohrleben, BI Hassleben, BI Weissenfels

Die Parteien: BÜ90/Die Grünen, MUT LV Sachsen-Anhalt



So erreichen Sie das Aktionsbündnis:

über den  BUND Sachsen-Anhalt e.V.

Oliver Wendenkampf (Sprecher des Aktionsbündnis)
Olvenstedter Strasse 10
39108 Magdeburg

Tel. 0391-54 333 61

Fax 0391-5415270

email: oliver.wendenkampf@bund.net



Wir fordern von der Landesregierung in Sachsen-Anhalt, insbesondere vom Ministerium für Landwirtschaft UND Umwelt

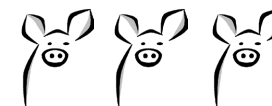
- Die Erstellung eines landesweiten Konzeptes „Tierhaltung in Sachsen-Anhalt“, in dem bestehende Anlagen (industrielle und artgerechte Tierhaltung) sowie die Ausweisung von Vorrang- und Ausschlussgebieten für weitere Tierbestände ausgewiesen sind.
- Ein sofortiges Moratorium um die Genehmigung weiterer Anlagen der industriellen Tierhaltung bis zur Fertigstellung des Konzeptes „Tierhaltung in Sachsen-Anhalt“ zu stoppen.
- Keine finanzielle Beteiligung an Infrastrukturmaßnahmen, die im direkten oder indirekten Zusammenhang mit Anlagen der industriellen Tierhaltung und -Verarbeitung stehen.
- Einen umwelt- und naturschutzoffensiven Umgang mit einem neu zu schaffenden Pragraphen im Landesnaturschutzgesetz, der den Begriff der „umweltschonenden Landwirtschaft“ enthält.
- Das generelle Verbot von Anlagen der industriellen Tierhaltung in Biosphärenreservaten, Naturparks und Naturschutzvorhaben des Bundes mit gesamt-staatlicher Bedeutung.
- Bundesratsinitiativen bzw. Initiativen auf EU-Ebene für ein Verbot von Futterantibiotika, für ein Verbot der einstreulosen Haltung auf Spaltenböden sowie eine Verschärfung des Düngemittelgesetzes.
- Die verstärkte Förderung des Ökologischen Landbaus und anderer naturverträglicher Landnutzungsformen ohne Einsatz synthetischer Pestizide und Stickstoffhaltiger Mineraldünger.

(Keine)

Schweinereien in Sachsen-Anhalt



Problemfeld Massentierhaltung:
Informationen des Aktionsbündnis Artgerechte Tierhaltung in Sachsen-Anhalt



Wissenswertes und Informationen zur Schweineproduktion in Sachsen-Anhalt

Was ist geplant?

Wie hängt das alles zusammen?

Wer profitiert davon?



- der Schlachthof Firma B. & C. Tönnies GmbH plant mitten im Stadtteil Weißenfels-Neustadt und damit gleichzeitig in unmittelbarer Nähe zum Landschaftsschutzgebiet Saale eine immense Ausweitung seiner Produktion. Zur Standortsicherung und Kapazitätserweiterung wird eine Erhöhung der Tagesproduktion auf insgesamt 2.100 (!) Tonnen Fleisch angestrebt. Dafür müssten bis zu 23.000 Schweine pro Tag geschlachtet werden.

- Ein derartiger Bedarf an Tieren pro Tag kann in Sachsen-Anhalt nur dann aufgebracht werden, wenn 80 - 150 weitere Massentierhaltungsanlagen in Betrieb genommen werden.

Bis zu neun Millionen Schweine müssen pro Jahr ihr Leben lassen!



Um diesen Bedarf decken zu können soll Mitteldeutschland und insbesondere Sachsen-Anhalt zum größten Schweinestall Deutschlands „ausgebaut“ werden.

Weiterhin sind die abstoßenden Details der Massentierhaltung, des Tiertransports und der Schlachtung Zeichen einer Verrohung und des unsensiblen Umgangs mit unseren Mitgeschöpfen.

Das Konsortium der Fleischindustrie und ihre „Berater“, u. a. der frühere Landwirtschaftsminister Dr. Helmut Reh-

hahn, kaufen nach und nach alte Liegenschaften, darunter ehemalige Flugplätze und LPG's auf um diese in „moderne“ Großmastanlagen umzuwandeln.

In Allstedt, Gerbisbach, Klein-Wanzleben, Mahlwinkel, Sandbeiendorf und Straguth sind bereits industrielle Riesenmastanlagen geplant oder in Bau. Hinzukommt, dass viele kleinere und mittlere Mastanlagen in Sachsen-Anhalt deutlich erweitert werden. Einwendungen und der Widerstand von Anwohnern, Umwelt- und Tierschutzorganisationen stehen der Einflussnahme großer Konzerne und auf ein paar Gewerbesteuer lauernden Regionalpolitikern entgegen.

Die Folgen dieser Entwicklung sind abzusehen. Sie führen zu:

- erheblicher Mehrbelastung der Luft durch Ammoniak-ausstoß, Hauptursache für Waldschäden
- Vergällung ganzer Landstriche, Nitrat im Trinkwasser
- Vervielfachung des Schwertransportes auf unseren Straßen (Futter, Schlachttiere, ...)
- Großindustrialisierung unserer Landwirtschaft mit einhergehender Verarmung unserer Dörfer
- Einer Störung bzw. Verhinderung nachhaltiger, zukunftsfähiger regionaler Kreisläufe,
- Einer Provokation des Ausbruchs von Seuchen und/oder der Entstehung neuer Krankheiten
- Mülltourismus mit Gülle und Kadavern



- Die CDU/SPD Landesregierung, insbesondere das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt (MLU) „unter“ Staatssekretär Onko Aikens, unterstützt diese für die Regionen fatale und unverantwortliche Entwicklung. Die landeseigene Immobiliengesellschaft Limsa verkauft zu günstigen Konditionen Liegenschaften an die Investoren. Über die direkte Investitionsförderungen für industrielle Massentierhaltungen hinaus, unterstützt die Regierung Investoren auch indirekt, indem sie Förderprogramme zur Gewinnung von Bio-Gas auflegt. So wird die Förderung einer regenerativen Energiequelle missbraucht um der immens umweltschädlichen Fleischindustrie ein grünes Mäntelchen umzuhängen.

Mit Hilfe unserer Steuergelder werden durch direkte und indirekte Förderungen Anlagen der industrielle Tierhaltung- und Verarbeitung unterstützt. Dies geschieht in voller Kenntnis des enormen Risikopotentials für die Umwelt unserer Regionen und das hohe gesundheitliche Risiko für die Bevölkerung im Umfeld dieser Anlagen. Mit dem unzutreffenden Argument, man schaffe Arbeitsplätze versucht man zudem die Bevölkerung zu beruhigen und zu verwirren.

- Schlachtriesen, wie Tönnies, nutzen zudem ihre Einkaufsmacht vorrangig, um die Erzeugerpreise für regionale Produzenten und Erzeugergemeinschaften zu drücken. Landwirte vor Ort haben letztlich kaum eine Wahl und müssen ihre Masttiere oft unter Wert verkaufen. Durch industrielle Mast und Schlachtung werden mittel- und langfristig viele Arbeitsplätze wegrationalisiert. Aus landwirtschaftlicher Sicht ist daher eine Entwicklung hin zu derartigen Schweinemastanlagen klar abzulehnen. Auch und gerade im Interesse unserer Bauern.

Viele kleine und mittlere bäuerliche Existenzen werden vernichtet!



- Im Sinne einer nachhaltigen, lebensfähigen, regionalen Landwirtschaft sollten wir gemeinsam verhindern, dass zur Profitmaximierung einiger weniger Großunternehmen unter dem Deckmantel fragwürdiger Arbeitplatzeffekten wichtige Belange des Verbraucher-, Natur-, Tier- und Ressourcenschutzes hinten angestellt werden.

- Ebenso müssen wir dafür eintreten, dass die veraltete Subventionspolitik der Landwirtschaft Deutschland- und EU-weit neu angelegt wird. Es gilt zukünftig mehr den Landschafts- und Naturschutz zu fördern, Nachhaltigkeit zu fordern und kleinere und mittlere Betriebe mit Hilfe von Fördergeldern zu unterstützen. Die bisherige Förderpraxis führt zwangsläufig dazu, dass sich mehr und mehr Großindustrielle in der Landwirtschaft betätigen - zum Nachteil von Mensch, Tier und Umwelt.